

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Abteilung Jugend
Jug Dez

23.02.2010
2330

Bezirksverordnetenvorsteherin o.V.i.A.

Sitzung am : 24.02.2010

über

Lfd. Nr. :

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 1347/XVIII

nachrichtlich den Fraktionen der
SPD, CDU, Grünen, FDP, Grauen und DIE LINKE

Dringlichkeit

schriftlich

Konsensliste

Beantwortung der Großen Anfrage

Betr.: Rechtsextreme Straftaten

Sehr geehrte Frau Vorsteherin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Posselt,
für das Bezirksamt beantworte ich Ihre große Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Liegen dem Bezirksamt Informationen über eine Zunahme rechtsextremer Straftaten in Neukölln vor?

Zur Frage der Zunahme von rechtsextremen Straftaten in Neukölln teilt die Polizei mit:
„Im Jahr 2009 ist die Summe der bekannt gewordenen Fälle politisch motivierter Kriminalität -rechts- im Bezirk Berlin-Neukölln im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht zurückgegangen.“

Auffällig ist allerdings, dass seit einigen Monaten verstärkt Anschläge auf Einrichtungen im Norden des Bezirkes erfolgt sind.

Dazu die Erkenntnisse der Polizei: Im letzten halben Jahr wurden der Berliner Polizei in Neukölln 13 zeitlich voneinander unabhängige politisch motivierte Sachbeschädigungen bzw. Propagandadelikte an folgenden sieben Objekten von Vereinen/Parteien/Initiativen mit öffentlichkeitswirksamen sozialem, kulturellem und/oder politischem Engagement für u .a. Demokratie, Toleranz und Vielfalt gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gemeldet:

- Verein Chile-Freundschaftsgesellschaft (Jonasstr. 29)
- Galerie Olga Benario (Richardstr. 104)
- Kreisgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen
- Verein Akazie (Friedelstr. 54)
- Tristeza (Pannierstr. 5)
- Anton-Schmaus-Haus (Gutschmidtstr. 37)
- Kulturverein WerkStadt e. V. (Emser Str. 124)

Frage 2:

Existieren neue rechtsextreme Strukturen in Nordneukölln und wenn ja, was kann durch das Bezirksamt dagegen unternommen werden?

Der Polizei liegen keine Erkenntnisse über die Existenz von „neuen rechtsextremistischen Strukturen“ in Nordneukölln vor.

Es hat Anfang 2009 den Versuch gegeben, mit „Frontbann 24“ eine neue rechtsextreme Organisation zu gründen. In Berlin entstanden mehrere „Frontbann 24“-Ortsgruppen, davon eine in Neukölln, weitere in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Schöneeweide und Hohenschönhausen. Die Kameradschaft wurde wegen Verfassungsfeindlichkeit und ihrer Nähe zum Nationalsozialismus im November 2009 vom Berliner Innensenator Körting verboten. Eine neue Organisation wurde bislang nicht gegründet.

Mit der Wahl des NPD-Bundesvorstandsmitglieds Uwe Meenen zum neuen Vorsitzenden des NPD-Landesvorstandes und Sebastian Schmidtke, einem führenden Mitglied der „Kameradschaft Märkischer Heimatschutz“ zum Stellvertreter besteht die Gefahr, dass die rechtsextremen freien Kräfte und die NPD gebündelt vorgehen. Eine außergewöhnlich hohe Zahl von Raumanmeldungen in den Bezirken Neukölln, Lichtenberg und Steglitz, die Anschlagserie auf linke Projekte in Berlin und diverse Morddrohungen gegen politisch aktive Menschen, besonders solche mit Migrationshintergrund lassen dies befürchten.

Das Bezirksamt kann nur versuchen die demokratischen Kräfte des Bezirkes zu stärken. Es begrüßt deshalb ausdrücklich die Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, wie z.B. der runde Tisch Rudow, die Anwohnerinitiative „Blütenvielfalt“ aus dem Blumenviertel und das Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt.

Frage 3:

Ist dem Bezirksamt bekannt, dass es eine Anschlagsserie rechtsextremer Täter gegen demokratische Einrichtungen in Neukölln im letzten halben Jahr gegeben hat (So hat es beispielsweise drei Anschläge gegen das Salvador-Allende-Zentrum in der Jonasstraße gegeben, weitere gegen die Galerie Olga Benario in der Richardstraße und gegen die Geschäftsstelle der Grünen in Neukölln.)?

Ja, dem Bezirksamt sind diese Anschläge bekannt.

Frage 4:

Was kann das Bezirksamt unternehmen, um stärker gegen alte und neue Nazis in Neukölln (z. B. an den Oberschulen) aufzuklären?

An den Neuköllner Schulen gibt es bereits jetzt vielfältige Aktivitäten, Initiativen und Projekte, in denen sich Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb und außerhalb des Unterrichts engagieren, um tolerantes Verhalten zu fördern und gegen jede Form von Diskriminierung und antidemokratischem Handeln – auch und gerade von „alten und neuen Nazis“ – vorzugehen.

In der regionalen Fortbildung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung wurden drei Lehrkräfte als Multiplikatoren u. a. für diesen Bereich mit 15 Stunden frei gestellt, um entsprechende Fortbildungsmaßnahmen zu organisieren und die Schulen bei konkreten Projekten zu unterstützen. Einige Schulen bereiten eine Teilnahme am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ vor oder sind - wie z.B. die Fritz-Karsen-Schule und die Evangelische Schule - bereits im Abstimmungsprozess.

Damit diese und weitere Aktivitäten nachhaltig und erfolgreich sein können, müssen die Initiativen aber von den Mitgliedern der Schulgemeinschaft selbst ausgehen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten und Befugnisse ist das Bezirksamt gemeinsam mit der Außenstelle Neukölln der Senatsbildungsverwaltung gern bereit, solche Vorhaben zu fördern. Dies geschieht zum einen über die Koordinierungsstelle zum Lokalen Aktionsplan „Vielfalt tut gut“, zum anderen durch konkrete und meist projektbezogene Unterstützungsmaßnahmen der Fortbildungsmultiplikatoren, der Schulaufsicht, des Schul- und des Kulturamtes. Z.B. stehen beim Schulamt Honorarmittel für die Unterstützung von Zeitzeugengesprächen in den Schulen zur Verfügung und es können Räume auf Antrag für Gruppentreffen, Gesprächskreise oder größere Veranstaltungen für aktive Schülergruppen und Schulräume für kleinere temporäre Ausstellungen genutzt werden.

Das Bezirksamt Neukölln arbeitet im Rahmen des Lokalen Aktionsplans „VIELFALT TUT GUT.“ seit September 2007 mit anderen Behörden, Trägern und Initiativen gezielt und koordiniert gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, bzw. für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Bezirk Neukölln.

In 2007/2008 wurden insbesondere Maßnahmen initiiert, die auf Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung wie auch der Aktivierung der Zivilgesellschaft zielen. Dazu gehören eine Plakat- und Postkartenaktion zum Thema „Vielfalt tut gut“, die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Aktionsbündnis Rudow, Finanzierung eines Festes unter dem Motto für Toleranz, Vielfalt und Demokratie in Rudow, eine „Neuköllner Kampagne für Respekt und Demokratie“, an der sich eine Vielzahl von Neuköllner Jugendeinrichtungen und auch Schulen beteiligt haben. Hinzu kommen pädagogische Projekte an und mit Schulen, wie z.B. der „Open Space for more Respect“ in der Köllnischen Heide, die Ausbildung von Peerleadern für Respekt und Toleranz an der Fritz-Karsen-Schule, die Qualifizierung von Schülervertreterinnen und

Schülervertreter an der Walter-Gropius-Schule, sowie mehrere kulturelle und medienpädagogische Projekte in Jugendeinrichtungen und Schulen.

Zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, in den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten und in den Schulen wurden seit Beginn des Lokalen Aktionsplans mehrere Fortbildungen durchgeführt, in denen sowohl über rechtsextreme Strukturen und Erscheinungsformen informiert, als auch der pädagogische Umgang damit reflektiert wurde. Themen der Fortbildungen waren

- Rechtsextremismus in Neukölln
- Umgang und Strategien mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
- Frauen und Mädchen im Rechtsextremismus
- Beratung von Eltern rechtsextremer Jugendlicher
- Rechtsextremismus in Neukölln: Zahlen, Fakten, Symbole, Codes
- Kollegiale Fallberatung in der Arbeit mit rechtsextremen bzw. rechtsextrem orientierten Jugendlichen und Eltern im Rahmen der familienunterstützenden Hilfen
- Argumentationsstrategien gegen rechtsextremistische Parolen und alltagsrassistische Äußerungen
- Männlichkeitsbilder im Rechtsextremismus

Die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes wird 2010 fortgeführt. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes werden insbesondere auch die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter aus dem Neuköllner Süden eingeladen.

In 2009 lag der Schwerpunkt des Lokalen Aktionsplans in der Umsetzung des Leitziels 2: "Schulen und Jugendeinrichtungen arbeiten zusammen, um Jugendliche und Eltern zu stärken und um demokratische und partizipative pädagogische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen."

Die Projekte des Lokalen Aktionsplans sind bewusst präventiv ausgelegt, d.h. es geht überwiegend darum, respektvolles Miteinander, Akzeptanz von Verschiedenheit zu fördern und demokratische Umgangsweisen und Verfahren zu erproben. Auf diese Weise wird Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen aktiv entgegengewirkt, ohne die Jugendlichen selbst, die u.a. auch solche ausgrenzenden Einstellungen haben mögen, selbst wieder auszugrenzen und an den Pranger zu stellen.

Zusätzlich zu den Projekten des Lokalen Aktionsplans wurde mit Unterstützung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus an der Matthias-Claudius-Grundschule eine Gesamtkonferenz zum Thema "Rechtsextremismus" durchgeführt. Die Gesamtkonferenz diente zum einen dazu, über aktuelle Symbole, Codes der Rechtsextremen zu informieren und damit die Wahrnehmung zu schärfen, zum anderen wurde mit den Anwesenden anhand von Fallbeispielen Handlungsmöglichkeiten für den pädagogischen Umgang mit rechtsextremen oder rechtsextrem orientierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erarbeitet.

Prinzipiell können solche Gesamtkonferenzen mit Unterstützung der MBR auch an anderen Neuköllner Schulen durchgeführt werden. Der Wunsch dazu muss jedoch von der Schule selbst formuliert werden.

Kürzlich fand in Kooperation mit den Geschäftsleuten in Alt-Rudow das Projekt „VIELFALT“ statt. In den Schaufenstern der Geschäftsleute wurden Begriffe wie Vielfalt, Toleranz, Gleichberechtigung, Solidarität u.a. auf künstlerische Weise dargestellt und reflektiert. Der Schaufenstergestaltung sind künstlerische Aktionen, Interviews und Gespräche mit Passanten und Passantinnen vorangegangen. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung flossen in die Schaufenstergestaltung mit ein. Daneben wurden die normalen Einkaufsstützen der Geschäfte gegen künstlerisch gestaltete Tragetaschen zum Thema „Vielfalt“ ausgetauscht.

Frage 5:

Besteht die Möglichkeit, aus aktuellem Anlass kurzfristig eine Ausstellung zu diesem Thema im Vorraum des Rathauses zu organisieren?

Selbstverständlich besteht im Prinzip die Möglichkeit, eine Ausstellung im Rathaus zu organisieren. Konkrete Vorschläge sind willkommen.

Es gilt das gesprochene Wort !

Gabriele Vonnekold
Bezirksstadträtin